

Briefetal-Bote

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 Mk., vierteljährig 3,60 Mk., halbjährig 6,00 Mk., jährlich 10,80 Mk. Die einzelnen Nummern kosten 10 Pfennig.

Abbestellen können in der Geschäftsstelle des Verlegers, Briefetal-Bote, Birkenwerder, oder in jeder Buchhandlung. Die Abbestellungsfrist beträgt 20 Pfennig, die Rückzahlung 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briefe, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Wichtiges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 135

Postfachkonto: Berlin 62 448.

Donnerstag, den 26. August 1926

Postfachkonto: Berlin 62 448.

25. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Besuch der Fortbildungsschule.

Ich habe Gelegenheit, mit aller Dringlichkeit darauf hinzuwirken, daß sich die Schüler der Fortbildungsschule pünktlich zum Unterricht einzufinden haben. Es ist Pflicht der Meister bzw. Arbeitgeber dafür zu sorgen und die Arbeit so einzuteilen, daß der Schüler nicht zu spät kommt. Unterricht ist am Montag und Donnerstag, Zeichen am Dienstag bzw. Freitag und zwar von 4 bis 6 Uhr nachmittags.

Die Urliste

der in Birkenwerder wohnhaften Personen, die zum Amt eines Schöffen oder Geschworenen berufen werden können, liegt eine Woche lang vom 25. bis einschließlich 31. August d. Js. von 8-1 Uhr auf Zimmer 25 des Rathauses zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Birkenwerder, den 25. August 1926.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

Nach den Bestimmungen des von der Gemeindevertretung am 28. Juni d. Js. beschlossenen Dispositives über das Feuerlöschwesen in der hiesigen Gemeinde sind alle männlichen Einwohner und sonstigen kommunalsteuerpflichtigen männlichen Personen im Alter vom 18. bis zum 60. Lebensjahre feuerlöschdienstpflichtig. Jeder zum Feuerlöschdienst verpflichtete Einwohner hat an Stelle der an sich in erster Linie zu leistenden Naturdienste jährlich einen Beitrag für 1926 in Höhe von 4 Mk. sowohl er hier und von 6 Mk. sowohl er auswärts wohnt, zu zahlen, wenn er nicht in der hier gestifteten Frist bis zum 15. September d. Js. im Zimmer 2 des Rathauses die schriftliche Erklärung abgibt, daß er für die Dauer des Rechnungsjahres Naturdienste leisten will. Die Erklärung kann nur aus trefflichen genau anzuführenden Gründen ebenfalls in schriftlicher Form widerrufen werden, der Widerruf bedarf der Zustimmung des Gemeindevorstandes und hat die Wirksamkeit, daß die Beitragspflicht entsprechend eintritt.

Birkenwerder, den 25. August 1926.

Der Gemeindevorsteher. J. A.: Rosenau, Gemeindevorsteher.

Was gibt es Neues?

Das Reichskabinett wird voraussichtlich am Freitag zusammentreten, um einen Bericht des Votschafers d. Doehs entgegenzunehmen.

Nach einer Habemusmeldung wird voraussichtlich Kommando zum Votschafers in London als Nachfolger Krastins ernannt werden.

Nach Meldungen aus Konstantinopel finden zurzeit in Moskau Verhandlungen für den Abschluß eines Garantiepaktes zwischen Sowjetrußland und der Türkei statt.

Die Sowjetregierung beabsichtigt, zum Wiede von Betreibereinführungen eine innere Anleihe in Höhe von 40 Millionen Goldrubel aufzunehmen.

In England rechnet man mit der Möglichkeit eines neuen Generalstreiks Anfang des nächsten Monats.

Ratsfrage und Tanagerfrage.

Am Donnerstag wird der auswärtige Ausschuss des Reichstags zu einer Sitzung zusammentreten, um einen Bericht des Reichsaussenministers Dr. Stresemann über die außenpolitische Lage entgegenzunehmen. Eine Kabinettsitzung wird vorher nicht mehr stattfinden. Voraussichtlich wird das Kabinett aber am Freitag zusammentreten, falls der Barier Votschafers d. Doehs, der bekanntlich Deutschland in der Genfer Studienkommission vertreten wird, sich dahin in Berlin vor Berichterstatterung eingefroren sein wird. Herr von Doehs hat auch in der Hauptsache die letzten diplomatischen Verhandlungen über die in Zusammenhang mit der Ratsfrage aufgetretenen neuen Schwierigkeiten geführt. Darüber hinaus dürfte sich das Reichskabinett auch noch mit anderen außenpolitischen Fragen beschäftigen, die mit der Ratsfrage in keinem unmittelbaren Zusammenhang stehen, so insbesondere mit der Frage Eupen-Malmédy, die wohl nur als vorläufig erledigt gelten kann.

In der Ratsfrage sind die Schwierigkeiten noch nicht geringer geworden. Am Montag erst hat der spanische Kabinettsrat wieder beschlossen, Spaniens Antwort auf einen päpstlichen Ratsjuss unüberändert aufrecht zu erhalten. Ferner sollen die diplomatischen Vertreter Spaniens angewiesen werden, Spaniens Anspruch auf Tanager bei den ausländischen Regierungen vorzulegen. Spanien beanprucht also den päpstlichen Ratsjuss und Tanager, — viellecht, um dadurch wenigstens eine der beiden Verhandlungen durchzubrechen zu können.

In der Tanagerfrage ist Spanien mit einem neuen Kompromißvorschlag hervorgetreten. Danach soll Spanien die Tanagerzone auf etwa 15 Jahre als Völkerbundsmandat überlassen werden. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ will wissen, daß in diplomatischen Kreisen die Meinung über diesen neuen Vorschlag nicht einheitlich ist. Wie immer, so gebe es auch in diesem Fall eine „Schule des geringsten Widerstandes“, die zum Nachgeben geneigt sei, falls Spanien die Neutralität Tangers garantieren und sich verpflichte, keine Befestigungen, Luftflotten- und Unterseebootstützpunkte zu bauen. Diese Kreise übersehen jedoch die Tatsache, daß dem Völkerbund jede direkte und ständige Kontrolle über die Mandatsmächte fehlt.

Strategisch würde die Kontrolle des Völkerbundes gleich Null sein. Spanien habe überdies die Tanagerfrage mit der Ratsjussfrage in einer Weise verknüpft, die in den Hauptstädten mehrerer beteiligter Mächte Ueber- raschung und Sorge hervorgerufen habe.

Madrid füge augenscheinlich darauf, daß die meisten Mächte zu außerordentlichem Entgegenkommen bereit wären, nur um Spanien beim Völkerbund zu behalten. Die Haltung der englischen Regierung in der Tanager- und Ratsjussfrage sei immer vollkommen klar gewesen. Unter keinen Umständen wolle man sich auf ein Tau-schgeschäft einlassen. Erweiterungen solcher Art würden den Ehrgeiz anderer Völkerbundsmitglieder zu einer ähnlichen Taktik erwecken.

Das ist eine ungewisse Abgabe Englands, sofern man annehmen kann, daß der Korrespondent die offizielle Meinung der englischen Regierung wiedergibt. Er unterfreidet diese keine Ausführungen noch dadurch, daß er auch die Gründe angibt, aus denen England die spanischen Wünsche bezüglich Tangers ablehnen muß. Großbritannien habe in Tanager, besonders dem strategischen Standpunkt aus sehr bedeutenden Interessen. Die englische Admiralität könnte die Uebertragung des Tanagermandats an eine einzelne Macht nur mit ernstester Beunruhigung betrachten. Gehe das Mandat an eine starke Macht über, so würde das eine offensichtliche Bedrohung für Gibraltar und für den freien Zutritt zum Mitteländischen Meer bedeuten, während die Mandatsübertragung an eine schwache Macht keine genügende Garantie für strikte Neutralität geben könnte. Zweifellos werde sich das Reichsverteidigungskomitee mit der Angelegenheit befassen müssen.

Schon nach dieser Stellungnahme Englands erscheint es wenig wahrscheinlich, daß man zu einer Einigung über die Tanagerfrage gelangt. Lange unglückliche Verhandlungen läßt sich diese Frage überhaupt nicht lösen und schon aus diesem Grunde kommt Tanager als Tau-schobjekt für den Ratsjuss nicht in Frage, da hierüber die Entscheidung schon fest fallen muß. Durch das Aufheben der Tanagerfrage ist daher die Ratsfrage nicht gefördert, sondern nur noch erschwert worden, da eine doppelte Wange in Madrid begreiflicherweise auch eine doppelte Bestimmung hervorgerufen würde.

Das Programm der Ratsjussung.

Nachdem schon vor längerer Zeit das Programm für die Vollerjussung der Genfer Völkerbunds- tagung bekannt gegeben worden ist, veröffentlicht das Völkerbundssekretariat jetzt auch das offizielle Programm für die Tagung des Völkerbunds rates. Die Tagung — es ist die 41. — beginnt am 2. September und wird für die ganze Dauer unter dem Vorsitz des Vertreters der Tschechoslowakei, Dr. Beneš, stehen. Die vorläufige Tagesordnung enthält die folgenden Punkte: Bericht des Gesundheitsausschusses, Bericht der Mandatskommission, des Finanzkomitees, des Wirtschaftskomitees, der Verkehrskommission, der Kommission für geistige Zusammenarbeit und der Opiumkommission. Der Rat wird außerdem die Schlußberichte der Generalkommissare des Völkerbundes in Wien und Budapest entgegennehmen. Er wird sich ferner mit der griechischen bzw. bulgarischen Flüchtlingsfrage, mit der finanziellen Lage der Stadt Danzig, sowie mit der Frage der Sicherheit der Saarcisenbahnen beschäftigen.

Bekanntlich besteht in der letzten Frage zwischen dem Präsidenten der Saarregierung und dem Saarvertreter einerseits, sowie den drei frankophilen Mitgliedern der Saarregierung andererseits ein gewisser Gegensatz. Der Präsident und der Saarvertreter halten die Anwesenheit und das Eingreifen der beiden französischen Bataillone im Saargebiet für unzulässig. Der Präsident ist bereit, im Notfall ein Eingreifen der französischen Truppen, die jedoch außerhalb des Saargebietes stationiert sein müssen, zu gestatten. Die oppositionellen Mitglieder der Regierung wollen, daß die französischen Truppen im Saargebiet bleiben.

Der Völkerbundsrat wird sich schließlich mit einem Antrag Englands, Frankreichs, Italiens und Japans wegen der Beschwerde des Hafensrates von Nemel gegen die litauische Regemregierung zu beschäftigen haben. Die litauische Regierung hat bei dieser Beschwerde ein Memorandum vorgelegt, das bei diesem Punkte ebenfalls zur Prüfung vorliegt.

Den letzten Punkt der vorläufigen Tagesordnung für die Arbeiten des Völkerbunds rates bildet der Bericht der Studienkommission für die Ratsorganisation, dem die am 30. August zusammentretende Kommission die letzte Redaktion zuteil werden lassen wird.

Man hat diesen weitaus wichtigsten Punkt wohl deshalb an den Schluß der Tagesordnung gestellt, um der Studienkommission mehr Zeit für ihre Beratungen zu lassen.

Schwere Anlage gegen Beneš.

Ein politischer Sensationsprozeß?

Der tschechische Außenminister Dr. Beneš, dessen Stellung neuerdings selbst in seiner eigenen Partei erschüttert ist, so daß man ihn sogar zur Niederlegung seines Abgeordnetenmandats gezwungen hat, scheint nun auch noch in eine politische Sensations- affäre verwickelt werden zu sollen. Der nationaldemo- kratische Generalsekretär und Festsitzensführer Hla- watschek veröffentlicht einen offenen Brief an den Außenminister Dr. Beneš, worin er Dr. Beneš be- schuldigt, eine Verfassungsänderung auf dem Wege eines Oltrohats geplant zu haben.

Hlawatschek wirft Dr. Beneš vor, trotz seiner gegen ihn erhobenen Vorwürfe den einzigen Weg zur Klarstellung, die Klage, nicht benutzt zu haben, und erklärt, daß er wegen der Äußerung Dr. Benešs, wo- nach seine Ausführungen als eine dumme verfrühte Er- findung gewerkschaftlicher Heher bezeichnet wurden, ihn seinerseits verklagen werde.

Da Dr. Beneš Hlawatschek nicht ausdrücklich ge- nannt hat, fordert ihn dieser auf, die Beleidigung in Anwesenheit einiger Personen mündlich zu wiederholen, damit die Klage rechtskräftig wird. Hlawatschek erklärt in seinem Brief, daß Dr. Beneš nicht mit ihm disku- tieren wolle, werde er mit Dr. Beneš diskutieren, und zwar vor Gericht.

Da Beneš mit der Niederlegung seines Mandats seiner Immunität verlustig gegangen ist, so steht der Austragung des angefügigen Prozesses nichts im Wege. Es bleibt abzuwarten, wie weit diese An- gelegenheit Widerwirkungen auf die Stellung Benešs ausübt. Von allen europäischen Außenministern ist er der einzige, der seit 1918 ununterbrochen im Amt ist.

Der neue Kurs in Griechenland.

General Kondylis über sein Programm.

Der neue Machthaber in Griechenland, General Kondylis, gab dem Vertreter der „Chicago Tribune“ gegenüber einige Erklärungen über sein politisches Programm ab. U. a. führte er aus: Er stehe über den politischen Parteien, obwohl er der Führer der national- demokratischen Partei sei. Er habe sich der Armee bedient, um die Diktatur Pangalos zu zerbrechen, weil diese die einzige Macht sei, um die Tyrannei zu Fall zu bringen.

Sobald Admiral Nonouriotis eingetroffen sei, werde er die Führer aller politischen Parteien zusam- menberufen, um ein unparteiisches Kabinett zu bilden, das sich besonders der Besserung der Wirtschaftslage zu widmen habe. Nach der Bildung der Regierung würde die Armee von jeder Politik ferngehalten werden.

Seit dem Jahre 1917, in dem sich die Anhänger Venizelos' in der Armee gegen König Konstantin er- hoben und sich den Allierten angeschlossen hatten, seien die Offiziere ein Spielball der Politiker gewesen. Wenn die Parteiführer ihm ihre Minderheiten ver- weigerten, so werde er ein Kabinett aus seinen Freun- den bilden, mit denen er das Programm durchzuführen werde.



General Kondylis.

In den außenpolitischen Fragen erklärte Kondylis, er werde die Verträge mit Serbien prüfen lassen und sie annehmen, wenn das Urteil befriedigend laute. Inzwischen habe er die Veröffent- lichung der Verträge mit Serbien angeordnet. Des Streit wegen einiger Inseln könne zwischen Italien und Griechenland keine Freundschaft aufkommen lassen. Er glaube, daß Mussolini, der selbst ein Nationalist und Patriot sei, Griechenland verachten würde, wenn es seine Landsleute auf den Inseln aufbaue.